

INFORMATION NS SICHERHEIT

Verpflichtungserklärung auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen An- forderungen und die Informationssicherheit

Herausgegeben von den Informationssicherheitsbeauftragten der MVV Gruppe

MVV Energie AG und MVV Mehrheitsbeteiligungen Luisenring 49 68159 Mannheim A-O.2 0621-290-2362 od. 2207	Stadtwerke Kiel AG Uhlenkrog 32 24113 Kiel P-d 0431-594-2037	Energieversorgung Offenbach AG Andréstraße 71 63067 Offenbach 3.3 069-8060-3343	Soluvia IT-Services Luisenring 49 68159 Mannheim SC.3 0621-290-3574
--	--	--	---

Verpflichtungserklärung auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen und die Informationssicherheit

Die Verpflichtung dient dem Schutz sämtlicher Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse der MVV Gruppe und Dritter (im Folgenden: vertrauliche Informationen), insbesondere von deren Kunden, sowie der Sicherung der bei MVV Gruppe vorhandenen Datenbestände.

Die abzugebende Verpflichtungserklärung gilt nicht für Informationen und Unterlagen, die offenkundig sind oder werden, ohne dass dies auf einen Verstoß gegen diese Erklärung zurückzuführen ist. Die Geheimhaltungspflicht gilt auch nicht für Informationen und Unterlagen, die der/die Unterzeichner/in von Dritten erhalten hat, die befugt sind, diese der Allgemeinheit zu offenbaren.

Der/die Unterzeichner/in bzw. der/die Antragsteller/in erklärt, dass er/sie

1. die Bestimmung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) über die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen sowie die im Zusammenhang damit einschlägigen Strafvorschriften ihm/ihr bekannt ist/sind,
2. die Vertraulichkeit wahrt, die in der MVV Gruppe gültigen Policies über den Schutz personenbezogener Daten achtet und im Umgang mit personenbezogenen Daten die notwendige Sorgfalt anwendet und Mängel im Umgang mit diesen Daten dem Datenschutzbeauftragten des betroffenen Unternehmens meldet,
3. vertrauliche Informationen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit an den Datenbeständen der MVV Gruppe bekannt werden, strikt vertraulich behandelt und ausschließlich für die vereinbarten Zwecke nutzt,
4. soweit es der Vertragszweck nicht erfordert, keine Aufzeichnungen für oder Mitteilungen an Dritte fertigt, die vertrauliche Informationen im Sinne dieser Erklärung beinhalten,
5. vertrauliche Informationen nur an Mitarbeiter oder Subunternehmer weitergibt, die zur Durchführung des Vertrages herangezogen werden und diese Information kennen müssen,
6. vor der Beteiligung Dritter die Zustimmung der MVV Gruppe einholt und diese zur Geheimhaltung nach diesen Regeln verpflichtet,
7. die in der MVV Gruppe gültigen Regelungen zur Informationssicherheit einhält und festgestellte Mängel dem Informationssicherheitsbeauftragten und/oder der Soluvia IT-Services unverzüglich meldet,
8. nach Beendigung des Vertragsverhältnisses ohne weitere Aufforderung die zur Verfügung gestellten Unterlagen bzw. angefertigte Dubletten oder sonstige Reproduktionen herausgeben bzw. löschen wird,
9. ein Zurückbehaltungsrecht an den Gegenständen der Ziffer 8 nicht geltend macht,

10. bei einer Mitwirkung an Telekommunikationsdienstleistungen und Tätigkeiten in Verbindung mit Telekommunikationsdaten, das Fernmeldegeheimnis nach § 88 Telekommunikationsgesetz zu beachten,

11. diese Verpflichtungserklärung auch nach Beendigung seiner Tätigkeit einhält.

Alle erteilten IT-Berechtigungen und/oder Passwörter sind personenbezogen und dürfen nicht weitergegeben werden. Bei Verstoß erfolgen die sofortige Sperrung der Berechtigungen und die Benachrichtigung des Datenschutzbeauftragten und der Revision.

Die Namen sowie die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten, des Informationssicherheitsbeauftragten sowie des jeweils zuständigen Anwendungsbetreuers kann dem jeweiligen Intranet entnommen werden.

Sonstige Geheimhaltungspflichten werden durch diese Verpflichtungserklärung nicht berührt.

Im elektronischen Verfahren gilt das Ankreuzen in myIT als verbindliche Erklärung.

Für das schriftliche Verfahren bitte unterschreiben:

Name, Vorname

Datum, Ort

Unterschrift

Firma bei Externen

Auszug aus der Datenschutzgrundverordnung

Art. 5 DSGVO Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten

1. Personenbezogene Daten müssen
 1. auf rechtmäßige Weise, nach Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden („Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz“);
 2. für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden; eine Weiterverarbeitung für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, für wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gilt gemäß [Artikel 89](#) Absatz 1 nicht als unvereinbar mit den ursprünglichen Zwecken („Zweckbindung“);
 3. dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein („Datenminimierung“);
 4. sachlich richtig und erforderlichenfalls auf dem neuesten Stand sein; es sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden („Richtigkeit“);
 5. in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist; personenbezogene Daten dürfen länger gespeichert werden, soweit die personenbezogenen Daten vorbehaltlich der Durchführung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen, die von dieser Verordnung zum Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person gefordert werden, ausschließlich für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke oder für wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß [Artikel 89](#) Absatz 1 verarbeitet werden („Speicherbegrenzung“);
 6. in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“);
2. Der Verantwortliche ist für die Einhaltung des Absatzes 1 verantwortlich und muss dessen Einhaltung nachweisen können („Rechenschaftspflicht“).

Art. 83 DSGVO Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

1. Jede Aufsichtsbehörde stellt sicher, dass die Verhängung von Geldbußen gemäß diesem Artikel für Verstöße gegen diese Verordnung gemäß den Absätzen 4, 5 und 6 in jedem Einzelfall wirksam, verhältnismäßig und abschreckend ist.
2. Geldbußen werden je nach den Umständen des Einzelfalls zusätzlich zu oder anstelle von Maßnahmen nach Artikel 58 Absatz 2 Buchstaben a bis h und j verhängt. 2Bei der Entscheidung über die Verhängung einer Geldbuße und über deren Betrag wird in jedem Einzelfall Folgendes gebührend berücksichtigt:

- a. Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung sowie der Zahl der von der Verarbeitung betroffenen Personen und des Ausmaßes des von ihnen erlittenen Schadens;
- b. Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit des Verstoßes;
- c. jegliche von dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter getroffenen Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens;
- d. Grad der Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters unter Berücksichtigung der von ihnen gemäß den Artikeln 25 und 32 getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen;
- e. etwaige einschlägige frühere Verstöße des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters;

[...]

- 3. Verstößt ein Verantwortlicher oder ein Auftragsverarbeiter bei gleichen oder miteinander verbundenen Verarbeitungsvorgängen vorsätzlich oder fahrlässig gegen mehrere Bestimmungen dieser Verordnung, so übersteigt der Gesamtbetrag der Geldbuße nicht den Betrag für den schwerwiegendsten Verstoß.
- 4. Bei Verstößen gegen die folgenden Bestimmungen werden im Einklang mit Absatz 2 Geldbußen von bis zu 10 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 2 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist:
 - a. die Pflichten der Verantwortlichen und der Auftragsverarbeiter gemäß den Artikeln 8, 11, 25 bis 39, 42 und 43;
 - b. die Pflichten der Zertifizierungsstelle gemäß den Artikeln 42 und 43;
 - c. die Pflichten der Überwachungsstelle gemäß Artikel 41 Absatz 4.
- 5. Bei Verstößen gegen die folgenden Bestimmungen werden im Einklang mit Absatz 2 Geldbußen von bis zu 20 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 4 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist:
 - a. die Grundsätze für die Verarbeitung, einschließlich der Bedingungen für die Einwilligung, gemäß den Artikeln 5, 6, 7 und 9;
 - b. die Rechte der betroffenen Person gemäß den Artikeln 12 bis 22;
 - c. die Übermittlung personenbezogener Daten an einen Empfänger in einem Drittland oder an eine internationale Organisation gemäß den Artikeln 44 bis 49;
 - d. alle Pflichten gemäß den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die im Rahmen des Kapitels IX erlassen wurden;
 - e. Nichtbefolgung einer Anweisung oder einer vorübergehenden oder endgültigen Beschränkung oder Aussetzung der Datenübermittlung durch die Aufsichtsbehörde gemäß Artikel 58 Absatz 2 oder Nichtgewährung des Zugangs unter Verstoß gegen Artikel 58 Absatz 1.

[...]

§ 42 BDSG - Strafvorschriften

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer wissentlich nicht allgemein zugängliche personenbezogene Daten einer großen Zahl von Personen, ohne hierzu berechtigt zu sein,
 1. einem Dritten übermittelt oder
 2. auf andere Art und Weise zugänglich machtund hierbei gewerbsmäßig handelt.
- (2) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer personenbezogene Daten, die nicht allgemein zugänglich sind,
 1. ohne hierzu berechtigt zu sein, verarbeitet oder
 2. durch unrichtige Angaben erschleichtund hierbei gegen Entgelt oder in der Absicht handelt, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen.
- (3) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt. Antragsberechtigt sind die betroffene Person, der Verantwortliche, die oder der Bundesbeauftragte und die Aufsichtsbehörde.

Auszug aus dem Telekommunikationsgesetz (TKG)

§ 88 TKG

Fernmeldegeheimnis

- (1) Dem Fernmeldegeheimnis unterliegen der Inhalt der Telekommunikation und ihre näheren Umstände, insbesondere die Tatsache, ob jemand an einem Telekommunikationsvorgang beteiligt ist oder war oder auch erfolglose Verbindungsversuche.